

Ergebnisprotokoll zur Sitzung der UAG-Haushalt/ Jugendhilfeplanung des JHA HH-Nord

Sitzung vom 08.02.2017

**Anwesend vom Bezirksamt**

N/JA-L, Herr Kirschner, Herr Schröder, N/SR 20 (Protokoll)

Anwesend vom JHA

Frau Bester (SPD), Herr Kroll (CDU), Herr Schilf (Grüne), Frau Lütkehus (Träger),

Tagesordnung

- 1) Rückblick auf den Ausgleich des Haushaltsdefizits 2017, insbesondere in der RZ FamFö;
Diskussion der möglichen Herangehensweise für das Haushaltsjahr 2018
- 2) Terminfindung für die nächste Sitzung

TOP	Ergebnis
0	Herr Schilf lobt die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung im Jahr 2016 und hofft auf weiterhin so gute Zusammenarbeit.
1	<p>Rückblick auf den Ausgleich des Haushaltsdefizits 2017 und Schlussfolgerungen für die Zukunft</p> <p>Herr Schröder gibt einen ersten Ausblick auf die Finanzlage für das Haushaltsjahr 2018. Bei unveränderter Ausgangslage und Finanzierung (insbesondere der Mittel für Flüchtlingsprojekte in der OKJA) dürfte die Finanzierungslücke unter € 100.000,- betragen.</p> <p>Herr Kirschner erläutert, dass im Bereich FamFö rund 91.000€ jährlich fehlen und aus der RZ OKJA ausgeglichen werden. Die Deckungsfähigkeit zwischen der RZ OKJA und RZ FamFö ist haushaltsrechtlich gegeben und grundsätzlich gewollt. Dennoch besteht bei dauerhaftem Ausgleich in dieser Größe die Gefahr, dass der Bestand von Trägern in der OKJA gefährdet werden könnte, wenn diese Umschichtung weiterhin erfolgt und die Finanzierungslücken bleiben.</p> <p>Herr Schröder weist in diesem Zusammenhang auf ein Gerichtsurteil hin. In dem Urteil wird noch einmal vom Gericht die Notwendigkeit betont (durch Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts gedeckt), dass jegliche Kürzung fachlich begründet werden muss. So darf z.B. nicht pauschal bzw. prozentual gleich über alle Träger gekürzt werden.</p> <p>Frau Bester und Herr Schilf stellen fest, dass sich innerstädtische Stadtteile verändert und entwickelt haben und insofern ggf. auch eine Verlagerung von Bedarfen stattgefunden hat. So haben z.B. die Stadtteile Langenhorn und Dulsberg die meisten HzE-Fälle und nicht mehr Barmbek, wie es noch vor 10 – 15 Jahren der Fall war.</p> <p>Die Anwesenden kommen überein, dass die Bedarfslage in Bezug auf einzelne Stadtteile weiter geprüft werden sollte. Dafür wird das Bezirksamt soziodemographische Daten und die Fallzahlentwicklung HzE im nächsten Termin der UAG-Haushalt vorstellen. SR 2 bereitet die Daten vor.</p>
2	<p>Nächster Termin: 12.04.2017 um 17.00</p> <p>Thema: Weitere Überlegungen zu gerechteren Aufteilung der RZ-Gelder</p>